

17. November 2009 - ein kurzer Bericht

17. November 2009 - der internationale Protesttag der Bildungsbewegung

Ein kurzer Bericht

In 30 Städten mit ca. 90 000 Teilnehmer_innen wurde der heiße Herbst der Bildungsproteste in Deutschland eingeläutet. Der internationale Protesttag brachte auch in der Schweiz, in Polen, Österreich, Frankreich, Italien, USA, Serbien, Indonesien, Bangladesh, Ungarn, Mazedonien und Sierra Leone Student_innen und Schüler_innen auf die Straße - während der „education is not for sale“ Aktionswoche gab es Proteste in über 30 Ländern.

In Europa waren Italien (150 000 Teilnehmer_innen) und Deutschland die Schwerpunkte der Aktionen - aufgerüttelt von den Protesten und Uni Besetzungen in Österreich seit Mitte Oktober. Dass in Berlin heute wohl um die 20 000 auf der Straße waren und in ganz Deutschland ca. 90 000 hätten vor einigen Wochen nur große Optimisten erwartet. Erst die Besetzungen in Österreich mobilisierten viele Aktivist_innen an den Universitäten. Dies drückt sich bislang in ca. 50 besetzten Unis aus, aus Solidarität wurden Audimaxe, Hörsäle und studentische Räume besetzt. Allerdings braucht diese Bewegung der Besetzer_innen mehr politische Perspektive als die Solidarität mit Österreich. Zwar stimmten vielerorts mehrere hundert Student_innen in Vollversammlungen für die Besetzungen, doch spiegelt sich das nicht in der Zahl der tatsächlichen Besetzer -und Aktivist_innen wider. Dieser Kreis umfasst meist keine 100 Leute.

Wir von REVOLUTION und der Gruppe Arbeitermacht unterstützten seit Sommer die internationalen Proteste, haben uns in Bildungskonferenzen in Bonn und Leipzig dafür stark gemacht. Dabei gab es zahlreichen Widerspruch bei den Konferenzen und den regionalen Bündnissen – einigen war ein zweiter Bildungstreik innerhalb eines Jahres zu viel, andere meinten, dass die Student_innen nach den Semesterferien nicht mobilisierbar wären – wiederum andere hatten die Arbeit nach dem Juni eh eingestellt. Dies erklärt auch warum die Zahlen vom 17.11. hinter die des 17.6 (270 000) zurückfallen.

Dass wir die Protestwoche des ISM (International Students Movement) unterstützt und in unseren Bündnissen dafür gekämpft haben, ist der Tatsache geschuldet, dass wir diese Internationalisierung der Proteste als Fortschritt und im Gegensatz zu anderen Linken als absolut notwendig ansehen.

Bei allen wichtigen Protesten im Bildungsbereich in Deutschland -24.11 HRK in Leipzig (Hochschulen Rektoren Konferenz) oder der KMK (das gleiche mit Kultusministern) am 10.12 in Bonn – wird es wichtig sein, die internationalen Bildungsproteste der Jugend zusammen zuführen. Dafür brauchen wir mehr als Netzwerke, dafür brauchen wir internationale Strukturen des Bildungstreiks!

Audimax-Besetzung Herbst 09

Vom Bildungstreik zum

Generalstreik!

Wir von REVOLUTION-Freiburg unterstützen die örtlichen Bildungsproteste und die Besetzungen des Audimax der Uni-Freiburg und der PH. Wir treten in den Besetzungen unter anderem für die Verbreiterung der Proteste auch auf andere gesellschaftliche Kämpfe, sowie eine Diskussion über die Perspektiven der Besetzungen ein. Einige wichtige Forderungen die wir für die Diskussion über die Perspektiven vorschlagen sind:

- **Ausweitung der Proteste an den Hochschulen! Keine Beschränkung auf bildungspolitische Themen!**
- **Aufbau von Besetzungs- und Streikkomitees, die von den Plena und VVs gewählt werden, diesen verantwortlich und jederzeit abwählbar sind!**
- **Einberufung einer Aktionskonferenz aller im Bildungsbereich Kämpfenden, Verknüpfung mit den Anti-Krisenbündnissen, um die Losung „Vom Bildungsstreik zum Generalstreik!“ Realität werden zu lassen!**

Bericht Bildungsstreik-Demo in Stuttgart (09.06.2010)

Bericht Bildungsstreik-Demo Stuttgart

09.06.2010

In Stuttgart fand am 09.06. der Bildungsstreik statt. Aufgerufen hatten dazu das Bildungsstreikbündnis Stuttgart(BSS) und das Schüler_Innen Aktionskommittee Stuttgart(SAK). Die Beteiligung an der Demo war schlecht bis erbärmlich, was in vorderster Front an sehr schlechter Mobilisierung lag, aber auch an Repression von Lehrer_Innen (Strafen bei Beteiligung an Demo) und an der Abwesenheit sehr vieler Organisatoren (Schüler_Innen auf „Studienfahrt“/Krankheit).

Geplant waren zudem Sternmärsche aus verschiedenen Teilen Stuttgarts zum Auftaktpunkt der Demo in der Lautenschlager Straße, allerdings fanden diese nur teilweise aus oben genannten Gründen statt.

Insgesamt waren es trotz dieser katastrophalen Umstände ca 1.500 bis 2.000 Teilnehmer_Innen, vorwiegend Schüler_Innen, geringe bis kaum sichtbare Beteiligung von Student_Innen und Azubis (letztere hatten einen Tag später in ganz Baden-Württemberg einen eigenen Aktionstag mit der Aktion „Operation Übernahme“). Laut offiziellen Angaben der Veranstalter_Innen lag die Teilnehmer_Innenzahl bei ca. 4.000 bis 5.000 Demonstrant_Innen.

Die staatliche Repression in Form der Polizei hielt sich

überraschend zurück, was für Stuttgarter Verhältnisse bei Demonstrationen (siehe Revolutionäre 1. Mai-Demo) fast einem Novum gleichkommt. Wahrscheinlich lag diese Zurückhaltung an der hohen Temperatur oder schlicht daran, dass die Schüler_Innen nicht sehr ernstgenommen werden. Vor der Demo wurde jedoch eine Fahne von AGIF (einer Migrant_Innen-Organisation) von der Polizei konfisziert (offizielle Begründung war Unzulässigkeit, war allerdings reine Provokation seitens der Bullen).

Eine Genossin von REVOLUTION hielt auf der Abschlusskundgebung eine Rede für das SAK (Erklärung der Abkürzung siehe oben) aus Sicht der Schüler_Innen, die große Zustimmung unter den noch Anwesenden fand. Diese Abschlusskundgebung war recht klein (ca. 80 bis 100 Personen), da viele nach dem offiziellen Ende gingen (Schule(?)/Uni/nach Hause) und was man ihnen bei der Hitze nicht übelnehmen kann.

REVOLUTION war auf der Demo mit 5 Genoss_Innen vertreten, einer davon ein Kontakt aus der Nähe von Stuttgart.

Die Demo war kämpferisch, Parolen (allerdings nur „offizielle“ die vor Demo-Beginn auf Handzetteln gedruckt verteilt wurden) wurden lautstark gerufen (bis auf One solution-REVOLUTION!, was sehr traurig ist).

Fazit: Trotz geringer und teilweise chaotischer Mobilisierung durch das SAK und das BSS(Erklärung der Abkürzung siehe Textanfang) war die Beteiligung gut.

85 000 beim bundesweiten Bildungsstreik!

85.000 beim bundesweiten Bildungsstreik!

10.6.2010

In ca. 65 Städten fanden am 9. Juni Demos und Protestkundgebungen des bundesweiten Bildungsstreiks statt. Dabei wurde mit 85.000 Teilnehmenden erneut die Zahl der letzten Proteste im November 2009 erreicht. Die größten Demos gab es Berlin (7.000), Münster, Freiburg und Stuttgart (lt. offizieller Website jeweils 5.000, auch wenn Freiburg und Stuttgart etwas hoch geschätzt sein mögen). Nächste Woche, am 16. Juni folgen weitere Bildungsdemos u.a. in Hannover, Dresden, Braunschweig und Wolfsburg.

Die Bildungsbewegung aus SchülerInnen, Azubis und Studierenden fordert weiterhin ein Ende der Privatisierung in der Bildung, ein Ende von Leistungsterror und sozialer Selektion.

Die SchülerInnen fordern das Ende des mehrgliedrigen Schulsystems, das Ende des verkürzten „Turbo“-Abiturs Jahre und mehr LehrerInnen und

Mittel für die Schulen. Die Studierenden treten gegen alle Formen von Studiengebühren und für die Abschaffung der BA/MA-Studienordnung ein. Die Azubis fordern v.a. die Übernahme in ihrem erlernten Beruf, mehr Ausbildungsplätze und eine bessere Ausstattung der Berufsschulen. Diese Forderungen werden von vielen dezentralen Bildungsbündnissen, Gewerkschaften und politischen Organisationen geteilt. Gemeinsam konnten wir im Juni 2009 270.000 mobilisieren. Im Vergleich zum Juni 2009 waren dieses Jahr sehr viel weniger Studierende auf den Straßen.

Wir müssen also in der Bewegung auch dafür arbeiten, dass sich das wieder ändert. Leider waren in vielen Unis nach den Besetzungen vom letzten Herbst, die Strukturen der BildungsaktivistInnen zusammen gebrochen.

Die bürgerliche Politik hat mit verschiedenen Bildungsgipfeln reagiert, mal die LandesministerInnen, mal Bundesministerin Schavan oder am 10.6. Kanzlerin Merkel mit den Landesregierungen. Heraus gekommen ist dabei nichts. Selbst das vage Versprechen, den Hochschulen zwei Milliarden zur Verfügung zu stellen, wird bis 2013 erstmal nicht erfüllt. Diese Gelder wären aber ohnehin v.a. in die Elitebildung und in die Forschung geflossen; für die Schulen und Berufsschulen werden erst gar keine Gelder versprochen.

Schon im letzten Jahr gab es das Motto „Bildung statt Banken“ – davon ist nichts zurück zunehmen, im Gegenteil! Für die Profite der Finanzmärkte werden monatlich Milliarden verschleudert, während das „Sparpaket“ der Bundesregierung nun zuerst bei den Armen dieser Gesellschaft, den Arbeitslosen, die Mittel streicht und zehntausende Beschäftigte beim Bund ihren Job verlieren sollen.

Die Bildungsbewegung darf sich nicht von den Versprechungen täuschen lassen, dass in der Bildung niemand sparen will. Diese Bildung wurde kaputt gespart und privatisiert, deswegen gehen wir seit Jahren auf die Straße!

Wir müssen jetzt mit den Beschäftigten, Arbeitslosen und RenterInnen

den gemeinsamen Kampf gegen die Sparangriffe aufnehmen – nicht wir sollen für die Krise zahlen, wir müssen die Profiteure dazu zwingen! Ein erster Schritt dazu sind die Anti-Krisendemos am 12. Juni in Berlin und in Stuttgart.

Die Krise heißt Kapitalismus: Gemeinsam gegen Sparpaket, Erwerbslosigkeit, Kopfpauschale und Bildungsabbau!

Bundeswehr raus aus der Schule - Militarismus bekämpfen!

Bundeswehr raus aus der Schule - Militarismus bekämpfen!

Bericht von Aktion am Shadow Gymnasium Berlin

April 2010

Die Kooperation der Bundeswehr mit öffentlichen Stellen nimmt immer stärker zu – von Büros der Bundeswehr in Argen bis zu direkten Werbungsaktionen an Schulen und Unis tritt das Militär immer öfter als ganz „normaler Arbeitgeber“ auf.

So auch an Berufstagen , welche gemeinsam mit dem Arbeitsamt und Unternehmen regelmäßig an Schulen gemacht werden. Im Berliner Bezirk Steglitz-Zehlendorf stimmten in der BVV CDU und Grüne für die Aktionen der Bundeswehr an den Schulen – hier soll das Militär die künftigen Soldaten schon mal kennen lernen. Dies traf aber auf den Widerstand zahlreicher

politischer Gruppen und Aktivist_innen, die eine Gegenkundgebung abhielten.

Aufgerufen hatte die örtliche Gruppe „Klassenkampf Südwest“. SDAJ, verschiedene Antifa Gruppen, „Bildungsblockaden einreißen“, Linkspartei, grüne Jugend, Friedens AG einer Steglitzer Schule (Fichtenberg), die IGM Jugend und REVOLUTION beteiligten sich an dem Protest und forderten in zahlreichen antimilitaristischen Redebeiträgen die Bundeswehr von den Schulen zu vertreiben und dies auch als Teil des anti -militaristischen Kampfes zu sehen.

Sobald die Bundeswehr an unsere Schulen kommt werden wir da sein, werden gemeinsam mit den Schüler_innen die Mörder in Uniform denunzieren.

Ein Vertreter der IGM Jugend sagte:“ Im Krieg müssen Menschen aufeinander schießen, die sich nicht kennen und auch keine Probleme miteinander haben. Sie müssen das tun für Menschen, die sich kennen aber sich nie umbringen würden“. (Manchmal können auch offizielle Gewerkschaftsvertreter_innen was Gutes sagen...)

Wir hoffen dass diese Aktion ein Startsignal ist und wir überall das Militär so empfangen werden!

ONE SOLUTION REVOLUTION!

**Bericht vom Bologna-
Gegengipfel in wien**

Bericht vom Gegengipfel in Wien

(11.3 – 13.3)

Als die EU Bildungsminister sich zum 10 jährigen Jubiläum des „Bologna Prozess“ in Wien und Budapest trafen, gab es von europäischen Aktivist_innen einen Gegengipfel auf dem Campus in Wien. Am 11.3 gingen mehr als 5000 Studierende und SchülerInnen auf die Straße gegen den Bildungsabbau, welcher unter der Überschrift „Bologna“ stattfand.

Die „Bologna“ - Reformen stehen für Kürzungen, Privatisierung und Studiengebühren, stehen für Verschulung und Verkürzung des Studiums - stehen für die Interessen der Wirtschaft in der Bildung. Der „Bachelor“ - Abschluss (BA) ist ein verlängertes Grundstudium. Der eigentliche Sinn dahinter ist, dass dadurch die Absolvent_innen schneller auf den Arbeitsmarkt kommen. Der „Master“ (MA) ist stark reglementiert, nur die Notenbesten des BA dürfen noch mal 2 oder 4 Semester studieren - Bologna bedeutet Einschränkung der Lehre und Selektion der Studierenden.

Dagegen gibt es seit vielen Jahren Protest und Widerstand an den Universitäten. Im letzten Herbst gab es eine Besetzungswelle in Österreich und Deutschland, sowie einzelne Besetzungen in Italien, Polen, Schweiz, Kroatien, Serbien, und den Niederlanden. Beim Gegengipfel in Wien sollten die weiteren Perspektiven der Proteste und unser Verständnis von Bildung diskutiert werden.

Positiv war, dass in Wien viele Aktivist_innen aus Europa anwesend waren (neben Österreich und Deutschland auch Italien, Spanien, Frankreich, Griechenland, Serbien, Kroatien), sich auch verschiedene europäische Gewerkschaften beteiligten und die politischen Gruppen meist offen auftraten (gegensätzliches geschieht öfter auf dt. Bildungskonferenzen). So gab es einen internationalen Austausch über die Erfahrungen im Bildungsstreik und auch einen starken antikapitalistischen Akzent bei Redebeiträgen und Forderungen.

Negativ war, dass es leider zu überhaupt keinem Ergebnis, keiner Erklärung oder gemeinsamer Perspektive kam. Am Freitag und Samstag gab es jeweils Podiumsdiskussionen, auf denen die studentischen Aktivist_innen eher spärlich vertreten waren – am Samstag sogar nur ein Genosse von REVOLUTION UK. Ansonsten traten die Gewerkschaften zwar kämpferisch auf, aber allerdings nur um für ihre eigenen Mobilisierungen zu werben, wie den Anti Lissabon Agenda Gipfel in Brüssel. Von der Vorbereitungsgruppe gab es keine Planung, was von dem Gipfel ausgehen soll, oder ob dieser Gegengipfel ein Anfang für weitere europäische und internationale Treffen sein soll. So wurden auch die am Samstag zahlreich veranstalteten Workshop nicht einer breiteren Masse vorgestellt – die Diskussionen und Ergebnisse blieben den Teilnehmenden vorbehalten.

REVOLUTION veranstaltete, zusammen mit der französischen Basisgewerkschaft „SUD Etudiants“ einen Workshop zum Thema Gewerkschaften und Bildungstreik und die Frage des Aufbaus einer europäischen Schüler_innen- und Studierendengewerkschaft.

Für uns ist eine entscheidende Frage ob aus den zahlreichen internationalen Protesten mehr werden kann, als bloßer Erfahrungsaustausch. Natürlich ist auch das wichtig, natürlich zeigt auch dies noch einmal die internationale Perspektive von Angriffen und kann auch inspirieren und motivieren – aber politisch muss diese Bewegung den nächsten Schritt, d.h. den Aufbau von internationalen Proteststrukturen, voran treiben.

Die Besetzungen 2009 und der internationale Protesttag am 17.11. zeigten die Möglichkeiten des Widerstands auf (in Deutschland mit ca. 60 aktiven Unis, am 17.11 in mehr als 30 Staaten Proteste) aber gleichzeitig ihre taktischen und politischen Schwächen. Die Besetzungen waren selten eine Massenbewegung. Meistens getragen von 20-50 Aktivist_innen brachen die Besetzungen Anfang 2010 zusammen. Außer dem Protesttag am 17.11. gab es keine gemeinsamen internationalen Aktivitäten, es gab keine Treffen von den Aktivist_innen in den Unis (außer gelegentliche Besuche, oder regionale Konferenzen) – keine gemeinsame Struktur um den Protest zu verbreitern und auch keine gemeinsame politische Stoßrichtung.

Ebenso entfernten sich die Studierendenproteste schnell von den

Schüler_innenprotesten (Deutschland + Österreich), gemeinsame Kämpfe mit Azubis waren gar nicht vorhanden. Stattdessen haben wir in Deutschland z.B. Bildungskonferenzen, die keine Entscheidungen treffen wollen, die in endlosen Konsensdebatten die Bewegung hemmen und informelle Strukturen zwar munter erzeugen, aber davor zurück schrecken, der Demokratie durch Mehrheitsentscheidungen Geltung zu verschaffen.

Als nächstes internationales Treffen wird der „Education Congress“ vom 25. bis 30 Mai in Bochum wichtig. Gemeinsam mit internationalen Aktivist_innen organisiert das ISM (International Students Movement) diesen Kongress. Das ISM ruft seit 2005 zu internationalen Protesttagen gegen Bologna auf, ihr Netzwerk erstreckt sich über alle Kontinente und ist derzeit die einzige Vernetzung des internationalen Protestes.

Wir rufen alle Aktivist_innen, Gewerkschaften und Organisationen dazu auf, sich an diesem Kongress zu beteiligen – dort können wir die Bewegung gegen Bologna weiterentwickeln. Es wird dort wichtig sein, gemeinsame Absprachen zu treffen und Perspektiven zu entwickeln. Wir brauchen ein Konzept zur Beteiligung der Schüler_innen und Azubis, wir brauchen ein politisches Selbstverständnis und eine gemeinsame Ausrichtung mit den sozialen Kämpfen gegen Kapitalismus und Krise.

No border, no nation - free education!

Nächste Termine im Bildungsstreik:

22.4. dezentrale Aktionen in NRW

5.5. Landesweite Demo in Düsseldorf(NRW)

13. -15.5. nächste bundesweite Konferenz Darmstadt

25.-30.5. Education Congress Ruhruni Bochum

9.6. Bundesweiter Bildungsstreik

Solidarität mit den Bildungsprotesten in den Niederlanden

Bildung erkämpfen!

Für internationale Solidarität und freie Bildung!

4. Februar 2010

In den letzten Tagen fanden mehrere Besetzungen und Demonstrationen in den Niederlanden gegen geplante Reformen im Bildungssystem statt! Eine dieser Reformen ist die Kürzung der finanziellen Unterstützung von Studierenden, um mehr als 20%. Aber diese Reform ist und war nicht der letzte Angriff auf ihre Bildung. Viele Studierenden haben Angst vor weiteren Kürzungen in den Bildungsetats, in Zuschüssen und Unterstützungen für die Studierenden oder vor der sogenannten „Binding Study Advice“.

Gegen diese Angriffe fanden bis jetzt unter anderem Besetzungen in Utrecht, Amsterdam oder Rotterdam statt, sowie verschiedene Aktionen z.B. in Delft und Nijmegen. Wir von REVOLUTION unterstützen den Widerstand in den Niederlanden und überall sonst gegen Kürzungen, Repression und soziale Angriffe, sowie Angriffe auf die Rechte der Jugend!

Doch denken wir, dass wenn unser Kampf erfolgreich sein soll, dass wir eine antikapitalistische und klassenkämpferische Perspektive brauchen werden.

Die Besetzungen und Proteste in den Niederlanden werden demokratische Strukturen brauchen. Solche Streikräte und Selbstverteidigungsorgane müssen auf Plena oder Vollversammlungen gewählt werden und jederzeit rechenschaftspflichtig und wieder abwählbar sein. Ihre Aufgabe muss es sein außerhalb der Versammlungen Aktionen vorzubereiten, den Streik auszuweiten und im Falle von Angriffen die Verteidigung der Besetzungen zu koordinieren!

Wir müssen uns im klaren darüber sein, dass wenn wir unseren Protest auf dem Campus nicht ausweiten, dass wenn wir nicht gemeinsam mit anderen sozial Unterdrückten, wie Arbeitslosen, MigrantInnen und ArbeiterInnen zusammen kämpfen wir nicht einmal dazu in der Lage sein werden einige Reförmchen oder demokratische Rechte zu erreichen. Und selbst wenn, würden sie sofort wieder angegriffen werden ab dem Moment wo sie durchgeführt wurden!

Der Kampf für eine freie und emanzipierte Bildung ist direkt mit dem Kampf gegen den Kapitalismus verbunden! Lasst uns für unsere Rechte und Bedürfnisse kämpfen, Lasst uns für den Sozialismus kämpfen!

- Für international organisierte Aktionen gegen Kürzungen und andere Angriffe auf unsere Bildung! Diese müssen mit anderen sozialen Bewegungen , wie der Anti- Krisenbewegung vernetzt sein!
- Für Europaweite Mobilisierungen wie die Bolognakonferenz in Wien vom 10.- 12. März in Wien und Budapest oder die Proteste in Brüssel gegen den Lissabonvertrag!
- Für eine antikapitalistische Perspektive und Organe wie Streikkomitees und Delegiertenkonferenzen, um Entscheidungen für kommende Aktionen zu treffen, anstatt sinnlosen Diskussionen fern aller Bedürfnisse der Bewegung!
- Für eine europäische SchülerInnen- und StudentInnengewerkschaft, die demokratische Strukturen hat und gegen jede Form der Bürokratie kämpft!
- Für ein Jahr voller Aktionen, für ein erfolgreiches Jahr 2010 in der Bildungstreikbewegung!

In Solidarität zu den Kämpfen in den Niederlanden und überall sonst!

Solidarität mit Frankfurt!

Solidarität mit den Besetzer_innen - gegen die Räumungen!

**nach der Räumung- der Kampf geht weiter :
kapitalistische Bildungskrise abwehren -
Bildung erobern!**

Dezember 2009

Am 30.11. wurde das Casino der Gothe-Uni besetzt. Dem ging eine Vollversammlung voraus, in der eine Resolution verabschiedet wurde. Kernpunkte sind:

1. Abschaffung des gesamten Bachelor-Master-Studiensystems und der Bologna-Richtlinien anstatt Versprechungen und Nachbesserungen.
2. Absage an eine Bildung, die sich von den marktwirtschaftlichen Interessen ableitet.
3. Absage an internationale Konkurrenz und Standort Deutschland.
4. Kampf für selbstständiges Studieren, politisch-kulturelles Engagement und

demokratische und selbstbestimmte Ziele.

Tausende Studierende beteiligten sich an der Aneignung ihrer Uni, darunter auch Dozent_innen und debattierten über Bildungspolitik, Belange der Uni und organisierten Plena, Workshops und andere Veranstaltungen bei denen es einen Raum für kritische Diskussionen außerhalb des Rahmenplans gab.

Schnell begann die Unileitung einerseits den Studierenden und ihre Organe durch Verhandlungen eine scheinbare Sicherheit und Kompromissbereitschaft zu suggerieren, tat aber parallel alles, um die Studierenden schlechtzumachen.

Der Grund für die Aneignungsaktion, die Forderungen und das alternative Bildungsprogramm der Studierenden wurde in lokalen Zeitungen und bürgerlicher Presse verschwiegen, Farbschmierereien wurden zur Beschädigung des Gebäudes heraufgespielt und jedes politische Engagement außerhalb der kapitalistischen Parteien und die gesamte Bildungstreikbewegung der Student_innen kriminalisiert.

Am 2.12. wurde schließlich auf Aufforderung des Uni-Präsident Müller-Esterl der Campus durch die Einsatzhundertschaft der Polizei geräumt. Dieser Einsatz spaltete die öffentliche Meinung über die Rechtmäßigkeit von studentischem Widerstand und der Zweckmäßigkeit des polizeilichen Gewalteinsatzes.

Wir von der internationalen kommunistischen Jugendorganisation begrüßen die Aneignung der Uni durch die Studierenden und ihre Verbündeten und verurteilen die Unileitung und den Polizeieinsatz!

Fernab der Diskussion wie angebracht das farbliche Verschönern der weißen Wände ist, unterstützen wir die Bewegung der Student_innen und ihre Aktionen. Wir meinen, dass der Widerstand gegen das kapitalistische Bildungssystem und der Kampf für eine sozial-offene, gleiche und selbstverwaltete Bildung keine Frage der Moral und Legalität ist, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit im Sinne studentischer Interessen und der gesellschaftlichen Mehrheit.

So muss man die Aneignungsaktion der Frankfurter als einen richtigen

Ansatz sehen, die Bildung unter Kontrolle der Bildungsteilnehmer_innen zu stellen, öffentlichen Druck und eine Plattform aufzubauen, um die Selbstorganisation der Aktivist_innen zu üben.

Diese Aktion steht im Zusammenhang mit dem internationalen Widerstand gegen die Bildungskrise des bürgerlich-liberalen Systems und ist ein Beispiel dafür, dass die Bewegung national wie international an Dynamik gewonnen hat.

In dieser Phase müssen wir lernen, gemeinsame effektive Kommunikationsstrukturen der Bildungsprotestbewegung aufzubauen, die von den Plenas und Vollversammlungen der Schulen, Unis und Bündnisse kontrolliert werden und in der Lage sind, andere gesellschaftlich-unterdrückte Gruppen wie Arbeiter_innen und Arbeitslose, Jugendliche etc. zu gewinnen, um eine größere Bewegung zu formieren, die in der Lage ist, liberale Angriffe zurückzuschlagen und eine Gegenmacht aufzubauen, die sich auf die Aktions-, und Selbstverwaltungsorgane der gesellschaftlichen Mehrheit stützt und dem System des Kapitals und der Krisen den Kampf ansagt.

-Nieder mit dem Präsidium der Goethe-Universität! Uni unter Selbstverwaltung der Student_innen und Dozent_innen!

-Weg mit Streikbrechern und Polizeigewalt! Für den Aufbau von Streikposten und Selbstschutzgruppen!

- Kein Bologna-Prozess! Internationaler Kampf gegen die kapitalistische Bildungskrise!

Perspektiven der Besetzungen

Welche Perspektive für die Besetzungen an den Unis?

80.000 Studierende und SchülerInnen demonstrierten am 17. November in Deutschland. In über 50 Hochschulen sind zentrale Hörsäle besetzt. In Berlin wurde auch eine Schule, das Albert-Einstein- Gymnasium, besetzt. Die Bewegung ist jedoch keineswegs eine, die sich „nur“ gegen die Missstände und Zumutungen des deutschen Bildungssystems richtet. Es ist eine internationale Bewegung. In Österreich sind seit fast vier Wochen die Unis besetzt. In Italien waren am 17.11. rund 150.000 auf der Straße. In Frankreich kommen hunderte von Schulen und Unis in Bewegung. Auch ausserhalb Europas fanden Aktionen statt oder befinden sich in Vorbereitung. Wir können also mit Fug und Recht von einer internationalen Bewegung sprechen. Diese umfasst außerdem nicht nur SchülerInnen und Studierende, sondern auch andere im Bildungs- und Erziehungssektor Tätige, so Beschäftigte in Kitas oder in Jugend- und Freizeiteinrichtungen, LehrerInnen an Schulen, Lehrende – von befristet beschäftigten Lehrbeauftragten und LektorInnen bis hin zum „akademischen Mittelbau“ – sowie „sonstige Beschäftigte“ an den Unis wie Mensapersonal, die sich z.B. als Beschäftigte des Studentenwerks im Arbeitskampf um höhere Löhne und gegen weitere Privatisierungen befinden.

Wie weiter?

Die Schüler- und Studentenbewegung stellt einen wichtigen Ausgangspunkt im Kampf gegen die Angriffe der Regierung dar. Die besetzten Uni-Hörsäle sind heute ihr Zentrum. Die Frage ist also, wie diese gehalten, die Besetzungen gestärkt und zu Besetzungen kompletter Unis ausgebaut werden können?! Und: Wie können diese Aktionen mit anderen Kämpfen der

SchülerInnen, von Azubis und von Lohnabhängigen verbunden werden? Bisher existieren die Besetzungen nur als lose, via Internet und „Netzwerke“ verbundene Aktionen. In den nächsten Tagen sollen jedoch erste Treffen zwischen den Unis stattfinden. Es gibt jedoch noch keine Koordinierung, keine gemeinsame Plattform, keinen Plan zur Steigerung der Aktivitäten über die Blockade der Kultusministerkonferenz am 12. Dezember hinaus. Hier unsere Vorschläge dazu:

1.

Die besetzten Hörsäle werden auf Dauer nur gehalten werden können, wenn die BesetzerInnen einen Weg finden, ihre Unterstützerbasis an den Unis selbst zu verbreitern. Dazu ist erstens ein bundesweites Forderungspaket notwendig, das die wichtigsten Forderungen der Studierenden zusammenfasst und mit jenen der SchülerInnen verbindet. Es muss in diesem Kontext auch deutlich werden, wer berechnigte Forderungen, z.B. nach mehr Lehrenden, besserer Ausstattung usw., finanzieren soll, z.B. indem die Forderung nach Besteuerung der Reichen erhoben wird.

2.

Von den BesetzerInnen wie auch von Bildungs- und SchülerInnenbündnissen muss eine systematische Agitation für Besetzungstreiks betrieben werden. Warum? Erstens haben jahrelange „Reformdiskussionen“ gezeigt, dass von den Uni-Leitungen, den Ministerien usw. nichts zu erwarten ist außer folgenlosem und daher nutzlosem „Verständnis“. Daher müssen die Aktionen verstärkt werden. Nur Besetzungen an den Unis und Schulen erlauben, längerfristig Druck auszuüben, weil so der Lehrbetrieb lahm gelegt werden kann und so ein wichtiger Teil der Reproduktion in der bürgerlichen Gesellschaft gestört wird. Vor allem aber haben die SchülerInnen und Studierenden so Zeit, nicht ständig Protest und Schule/Studium unter einen

Hut kriegen zu müssen. Sie müssen daher auch fordern, dass ihre Aktionen als „Streiksemester“ anerkannt werden, um keinen Schaden für ihr Studium zu erleiden.

3.

Zweifellos ist es schwer, wenn nicht unmöglich, unmittelbar zu Vollbesetzungen zu schreiten. Die Besetzungen einzelner Hörsäle selbst haben aber nur eine Perspektive, wenn sie sich die Vorbereitung solcher Besetzungen zum Ziel setzen – ansonsten werden sie früher oder später „bröckeln“ und zum Selbstzweck werden.

4.

Um die Aktionen zu verstärken und besser zu koordinieren, brauchen die Besetzungen politisch verantwortliche Streik- oder Besetzungskomitees, die während der Plena oder VVs die Streikenden nach außen repräsentieren, über taktische Fragen (z.B. Was tun, wenn die Polizei kommt?) entscheiden und die Koordinierung mit anderen Unis/Besetzungen übernehmen.

5.

Die Studierenden sollen sich mit den Bündnissen der SchülerInnen koordinieren, mit Kämpfen der ArbeiterInnen, mit Anti-Krisenbündnissen, um mit diesen gemeinsam rasch weitere Aktionen, Demonstrationen, Blockaden usw. zu organisieren, um den Druck der Bewegung zu erhöhen.

6.

Um die Dynamik der Besetzungen, der Aktionen zu stärken, sind nicht nur Agitation und Aufklärung an den Unis wichtig. Es müssen auch regelmäßig Aktionen in den Städten erfolgen, um die Bevölkerung zu erreichen und deren Solidarität zu erhalten.

7.

Um die Aktionen und Proteste im Bildungsbereich zu stärken und besser zu verbinden, schlagen wir die Schaffung einer bundesweiten sowie auch internationalen Koordinierung der Proteste im Rahmen von Aktionskonferenzen vor. Für Deutschland sollten die besetzenden Unis rasch eine solche Konferenz einberufen. Ein erster Schritt wäre eine Konferenz direkt im Anschluss an die Bonner Bildungsproteste, zu der auch VertreterInnen der Schülerbündnisse, der Kitas, von ver.di und GEW und von den Mensa-Beschäftigten usw. eingeladen werden sollten.

Kein Vertrauen in die falschen Freunde aus den Uni-Leitungen und Ministerien!

Die „Solidarität“ und Unterstützung, die jetzt von Regierungen und Uni-Rektoren kommt, ist nicht nur verlogen, sondern auch falsch. Selbst Ministerin Schawan heuchelt Verständnis und rügt Unis und Länder, dass sie „die Reformen nicht umgesetzt“ hätten. Dabei sind doch die „Reformen“ wie Bachelor/Master Teil des Problems – nun nicht bloß deren „schlechte Umsetzung“.

Auch die jetzt ins Spiel gebrachte Erhöhung des Bafög ist reine Augenwischerei. Was die Studierenden, die Azubis, die SchülerInnen ab 16 brauchen sind Vergütungen oder Mindesteinkommen, von denen sie auch leben können – und zwar ohne dieser später wieder abstottern zu müssen! Rektoren, Direktoren und Länderministerien tun es Schawan gleich. Jetzt

wollen auch sie schon immer für eine „ganz andere“ Wissenschaftspolitik gewesen sein. Auch wären sie mit den Studierenden und SchülerInnen „solidarisch“ – was freilich viele nicht daran gehindert hat, bei den letzten Bildungsstreiks oder auch nur in den letzten Wochen die Bullen zu rufen, um Besetzungen mit Gewalt aufzulösen. Die Uni-Leitungen und Wirtschaftsministerien haben nicht dieselben Interessen wie die Mehrheit der Studierenden – und schon gar nicht wie die der Mehrheit der Bevölkerung. Die Frage ist schließlich nicht bloß, dass es „mehr Geld“ für die Unis gibt; die Frage ist auch, wer das bezahlen soll? Die Frage ist, wer bestimmt, wofür es verwendet wird: bürgerliche Professoren, Ministerien, Unternehmerverbände oder die große Mehrheit der Gesellschaft – die Arbeiterklasse. Das sind die Alternativen! Es gibt im Kapitalismus kein Bildungs- und Ausbildungssystem, das über den Klasseninteressen steht oder stehen könnte. Wenn wir für die Kontrolle der Unis, der Schulen u.a. Bildungseinrichtungen kämpfen, so geht es immer darum, die bestehende Kontrolle dem Kapital und dem bürgerlichen Staat zu entreißen und für die Kontrolle durch gewählte und jederzeit abwählbare VertreterInnen der StudentInnen, der Lehrenden und der Gewerkschaften zu kämpfen. Es geht darum, dem Protest eine anti-kapitalistische, revolutionäre und Klassenperspektive zu geben. Denn: Nur im gemeinsamen Kampf von Studierenden, SchülerInnen, Azubis, Lehrenden mit alle anderen, von den Angriffe des Kapitals und der Regierung Bedrohten, haben die Besetzungen eine längerfristige Perspektive.

Freier und kostenloser Zugang zur Bildung für Alle!

- **Weg mit allen Arten von Studiengebühren! Volle Lehr- und Lernmittelfreiheit an allen Bildungseinrichtungen!**

- **Ausbildungsplätze für alle zu tariflichen Bedingungen, finanziert durch die Unternehmer!**
- **Nein zum Turbo-Abi! Abschaffung des Numerus Clausus!**
- **Mindesteinkommen/Vergütung für alle Studierenden, Azubis, SchülerInnen über 16 in der Höhe von 1000,- Euro netto!**

Nein zu BA/MA! Nein zu Bologna und der weiteren Vermarktwirtschaftlichung der Unis und Bildungseinrichtungen!

- **Nein zu allen Privatisierungen! Ausbau und Sanierung der Bildungseinrichtungen, finanziert durch Besteuerung der Unternehmen und großen Vermögen!**
- **Abschaffung des Bachelor! Schluss mit der Verschulung der Uni, mit Anwesenheitspflichten und Leistungsterror! Kontrolle über die Studienordnung durch Studierende und Lehrende, Kontrolle über Unis u.a. Bildungseinrichtungen durch die Lernenden, Lehrenden und die Arbeiterbewegung!**

Gemeinsamer Kampf!

- **Neueinstellung von 100.000 neuen LehrerInnen an den Schulen bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohn- und Personalausgleich!**
- **Kein Outsourcing von Mensen u.a. Einrichtungen der Unis! Tarifliche Bezahlung für alle Lehrbeauftragten, Beschäftigten und einen Mindestlohn von 10 Euro netto pro Stunde für Reinigungskräfte, Mensenbeschäftigte usw.!**
- **Für das Recht auf volle politische Betätigung an der Uni ohne**

Wenn und Aber!

- **Polizei und Sicherheitskräfte raus aus Schulen und Unis!**
 - **Massenblockaden und organisierte Selbstverteidigung gegen Räumungsversuche!**
 - **Aufbau von Besetzungs- und Streikkomitees, die von den Plena und VVs gewählt werden, diesen verantwortlich und jederzeit abwählbar sind!**
 - **Bundesweite Koordinierung der Aktionen, rasche Einberufung einer bundesweiten Delegiertenkonferenz aller besetzten Unis!**
 - **Einberufung einer Aktionskonferenz aller im Bildungsbereich Kämpfenden, Verknüpfung mit den Anti-Krisenbündnissen, um die Losung „Vom Bildungstreik zum Generalstreik!“**
-

Bericht Bildungsdemo Stuttgart 21.11.09

Wir sind hier, wir sind laut!

Am 21.11.09 fand in Stuttgart im Rahmen der Bundesweiten Aktion „Bildungstreik“ und der „Global week of action“ eine Bildungsdemo statt. Dazu mobilisierten

die Bildungstreikaktion

Baden-Württemberg, konkret das SchülerInnenaktionskomitee Stuttgart(SAK).

Viele SchülerInnen und StudenInnen aus BW folgten diesem Aufruf. Treffpunkt des Demozuges

war eine Seitenstraße am Hauptbahnhof Stuttgart(Lautenschlager Straße, für alle Ortskundigen).

Die Demo war mit ca. 3000-4000 TeilnehmerInnen ganz in Ordnung, auch wenn mal wieder hauptsächlich große Parteien MLPD, LINKE und SPD eine große Teilnehmerzahl stellten.

Auch wir von REVOLUTION waren vertreten, jedoch mit einer überschaubaren Anzahl Demonstranten.

„Begleitet“ wurde die Demo auf ihrem Weg durch Stuttgart vor allem von einer massiven Bullen-/Polizeipräsenz. Als der Demozug nach zwei Stunden stillstand, begannen die „Staatsmänner- und frauen in grün“ (ja, das waren sie) aus unbekannter Ursache nervös zu werden.

Der Verkehr wurde erfolgreich für eine weitere halbe Stunde durch eine „Kundgebung“ während der Demo blockiert und musste teilweise umgeleitet werden.

Nach Ende der „Kundgebung“ begann die Demo sich aufzulösen und ein Großteil zog in Richtung Uni und demonstrierte dort weiter.

ONE SOLUTION-REVOLUTION!